



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Klimaschutz im Landkreis: Michael Schrodi unterstützt SPD-Forderungen und kritisiert Zurückhaltung der CSU

Olching, 06.08.2019

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum: 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Auf Bundes-, Landes- und Kreisebene: Überall arbeitet die SPD aktiv an weitreichenden Maßnahmen zum Klimaschutz. Ob Klimaschutzgesetz, sozialverträglicher Kohleausstieg oder Forderungen nach Ausrufung des Klimanotstandes im Landkreis: Die SPD geht voran, während die Union auf der Bremse steht. Ein Vorgehen, das der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi für unverantwortlich hält.

„Als Mitglied im Umweltausschuss des Bundestags begrüße ich ausdrücklich die Forderung der SPD-Kreistagsfraktionen Fürstfeldbruck und Dachau, den Klimanotstand in den Landkreisen auszurufen“, so Schrodi. Von der jeweiligen Zurückhaltung seitens der CSU hält er nichts: „Keineswegs kann man hier von Alarmismus sprechen, wie dies der Dachauer Landrat Stefan Löwl getan hat“, betont Schrodi.

Da die Klimaziele 2030 sowohl im Bund als auch in den Landkreisen voraussichtlich stark verfehlt werden, fordert Schrodi ein Umdenken. „Es ist unverantwortlich, noch länger damit zu warten, sämtliche Maßnahmen, die von den Landkreisen auf den Weg gebracht werden, auf ihre klimatischen Auswirkungen hin zu beurteilen“, so Schrodi. Dies nämlich wäre die Konsequenz aus der Ausrufung des Klimanotstands.

Schrodi fordert daher sowohl auf Kreis- als auch auf Landes- und Bundesebene die Unionsparteien dazu auf, effektive Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen und umzusetzen. „Noch in diesem Jahr wollen wir in Berlin ein Klimaschutzgesetz verabschieden, das alle Bereiche von Industrie bis Verkehr dazu verpflichtet, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.“ Zudem komme das



Kohleausstiegsgesetz sowie die 65 Prozent-Marke beim Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030. „Mit diesen drei wirkungsvollen Maßnahmen gehen wir voran, doch die Unionsparteien stehen auf der Bremse“, kritisiert Schrodi.

Das gelte im Bund aber auch in Bayern: „Da helfen auch unrealistische Vorhaben wie Ministerpräsident Söders Ausbau der Windkraft nichts. Wir brauchen keine warmen Worte sondern ein abgestimmtes, sinnvolles Vorgehen im Klimaschutz“, fordert der Bundestagsabgeordnete.